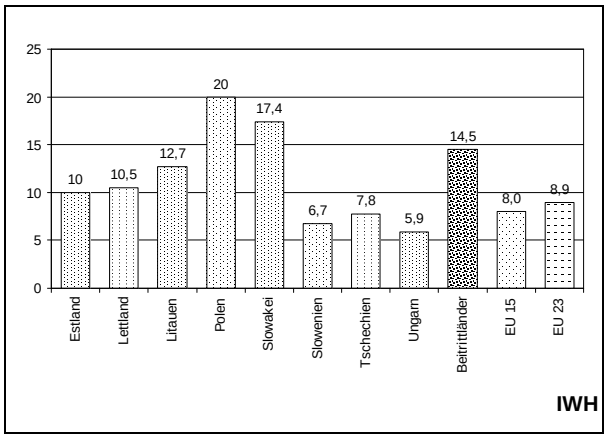
Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung in neuen EU-Ländern

Trotz hohen Wirtschaftswachstums scheint sich in den neuen EU-Ländern keine Verbesserungen am Arbeitsmarkt zu ergeben. Nachdem im Jahr 1994 die Arbeitslosigkeit in den acht Beitrittsländern als Folge der Transformationsschocks einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, trat zwar in den darauffolgenden Jahren eine leichte Abnahme ein; seit 1998 nahm sie jedoch wieder zu. Im Jahre 2003 lag die Arbeitslosenquote in der gesamten Beitrittsregion bei 14,5% und damit deutlich oberhalb der alten EU-15 (vgl. Abbildung 1). Die durchschnittliche Beschäftigungsquote liegt mit weniger als 60% unterhalb des Niveaus der EU-15 (ca. 64% im Jahr 2004). Allerdings gibt es auch deutliche Unterschiede zwischen den Ländern mit Ungarn und Slowenien auf der einen und Polen und der Slowakei auf der anderen Seite.

Abbildung 1:
Arbeitslosenquoten[a] in den Beitrittsländern und in der EU, 2003
- in % -



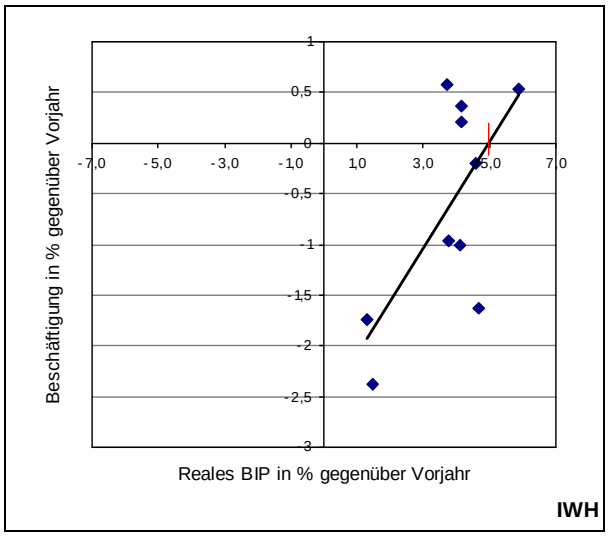
[a] EU: harmonisierte Arbeitslosenquoten, basierend auf ILO-Definition; neue EU-Länder: basierend auf Labour Force Surveys der ILO.

Quellen: ILO, Genf; Eurostat; Berechnungen des IWH.

Aus statistischer Sicht zeichnet sich offenbar ab, dass erst ab einer Wachstumsrate des BIP von etwa 5% in der gesamten Region Beschäftigung aufgebaut wird (vgl. Abbildung 2).

Dies weckt generell die Frage nach Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den neuen EU-Ländern. Gibt es überhaupt einen empirischen Zusammenhang? Lassen sich stabile Trends erkennen? Welche Rolle spielen institutionelle Faktoren, die die Fähigkeit einer Wirtschaft, Wachstum in Beschäftigung umzusetzen, bestimmen?

Abbildung 2:
Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung in acht Beitrittsländern, 1994 bis 2003
- Beschäftigung in % gegenüber dem Vorjahr -



Quelle: Berechnungen des IWH.

Arbeitsmarkt und Transformation: institutionelle Faktoren

Alle Beitrittsländer starteten die Transformation zur Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung, faktisch sogar mit Beschäftigungsreserven in den Staatsunternehmen und einer zuletzt erheblichen Absorption von Arbeitskraft in der Schattenwirtschaft. Die ersten Transformationsjahre waren durch die Effekte einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes gekennzeichnet, wenn auch in einigen Bereichen das Arbeitsrecht restriktiver als in der EU blieb.[1] Trotzdem folgte der Beschäftigungsabbau zunächst nicht dem Rückgang der Produktion. Während der Produktionseinbruch ein Ausmaß wie in der weltwirtschaftlichen Depression der 30er Jahre annahm, verzichteten viele Staatsunternehmen zunächst darauf, die Beschäftigung im entsprechenden Um-

[1] Vgl. EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (EBRD): Transition Report 2000. London, S. 110.

fang zu verringern. Die traditionellen Beschäftigungsüberhänge in den Staatsunternehmen nahmen dadurch zu, was im Wesentlichen zwei Ursachen hatte. Erstens war für viele Manager der nun autonomen Staatsunternehmen ein Erfolg der Transformation, insbesondere eine Politik der harten Budgetrestriktion seitens der Regierung, nicht sicher kalkulierbar. Zu diesem abwartenden Verhalten kam zweitens hinzu, dass es in den Unternehmen relativ leicht gelang, die realen Arbeitskosten durch Anpassung der Nominallöhne nach unten und der Preise nach oben zu senken. Dabei half in einigen Ländern (Tschechien, Polen) auch eine starke nominale Abwertung des Wechselkurses, die es erlaubte, die Inlandspreise zu erhöhen. Die größere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten kam also zunächst durch eine Preis- und nicht „Mengen"-Anpassung zum Ausdruck.

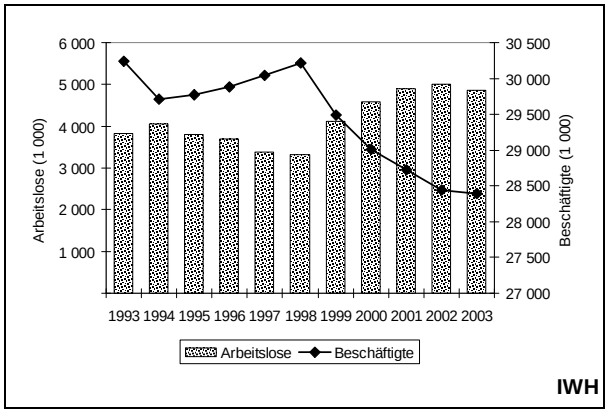
Gleichwohl nahm die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung auch in dieser Anfangsperiode ab. Die Arbeitslosigkeit, welche in der sozialistischen Ära unbekannt war, erreichte in den acht späteren Beitrittsländern 1994 einen ersten Höchststand von 4,1 Mio. Personen (vgl. Abbildung 3), was einer Arbeitslosenquote von etwa 12% entsprach. Der neue private Sektor war sichtlich nicht in der Lage, die von staatlichen und bereits privatisierten Unternehmen freigesetzten Arbeitskräfte vollständig zu absorbieren. Einem noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit wirkten die Regierungen der Länder mit verschiedenen Maßnahmen entgegen. Einige Regierungen schufen frühzeitig Möglichkeiten eines vorzeitigen Übergangs in den Ruhestand, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.[2] In anderen Ländern wurden die Anreize für die Registrierung als Arbeitslose(r) verringert, mit der Folge, dass von den Staatsunternehmen freigesetzte Beschäftigte in die Stille Reserve wanderten oder in der Schattenwirtschaft tätig wurden. Ebenso wurden die harten Budgetrestriktionen in einigen Ländern von der Regierung (z. B. Tschechien) wieder aufgeweicht.

In einigen Ländern entlastete die Emigration den Arbeitsmarkt nicht unerheblich. Dies gilt insbesondere für die baltischen Länder,[3] in denen die russischsprachige Bevölkerung zur Auswanderung neigte, nachdem die russischen Truppen abgezogen waren und viele diskriminierende Gesetze und Regelungen erlassen worden waren.

Ab 1995 (in Polen und Ungarn bereits früher) erholte sich die Wirtschaft, und es kam sogar zu einem leichten Beschäftigungsaufbau, weil der private Sektor nunmehr in der Lage war, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Quote der registrierten Arbeitslosen ging bis 1997 auf knapp 10% zurück. Ein erneuter Wendepunkt war das Jahr 1998. Die Währungskrise vom Mai 1997 in der Tschechischen Republik, nachfolgend die Krise in der Slowakischen Republik und allgemein die Gefahren von Finanzkrisen, insbesondere die Übertragung von Währungskrisen aus dem südostasiatischen Raum, veranlassten die Regierungen und Zentralbanken, die Budgetdefizite zu beschränken und eine restriktivere Geldpolitik zu betreiben. Auch die Vorbereitungen auf den Beitritt zur EU und die Reform der Sozialsysteme führte zu fiskalischen Anpassungen mit negativen nachfrageseitigen Effekten. Hinzu kam, dass steigende Nominallöhne nicht mehr durch nominale Abwertungen des Wechselkurses abgefangen wurden; fast alle Währungen werteten real, einige sogar nominal auf.

Vor diesem Hintergrund begann die Beschäftigung wieder abzunehmen. Während in der ersten Phase der Transformation der Abbau im staat-

Abbildung 3:
Arbeitslose[a] und Beschäftigte in der Region der acht neuen EU-Länder, 1993 bis 2003
- in 1 000 Personen -



[a] Basierend auf Labour Force Surveys der ILO.

Quellen: ILO; Nationale Statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

[2] In Polen wurden unter der ersten Reformregierung („Balcerowicz") fast eine Million Arbeitskräfte frühzeitig in die Rente geschickt.

[3] Vgl. Zu den Arbeitsmarktwirkungen in den baltischen Ländern siehe HAZANS, M.: Determinants of Inter-regional Migration in the Baltic Countries. Interim Paper, Cerge-EI: http://www.cerge-ei.cz/pdf/gdn/RRCIII_13_paper_02.pdf

lichen Unternehmenssektor erfolgte, konzentrierte er sich nunmehr auf die weitgehend private und privatisierte Industrie. Der verbliebene Staatssektor verlor nur relativ wenig an Beschäftigung,[4] und der Dienstleistungssektor übernahm nur sehr geringe Anteile der in den übrigen Sektoren freigesetzten Arbeitskräfte (wobei ohne Änderungen der statistischen Erfassung auch eine Reduktion möglich erscheint.)[5] Das Beschäftigungsniveau fiel in der Beitrittsregion bis Ende 2003 auf 28,3 Mio. Personen, verglichen mit noch 30,2 Mio. im Jahr 1993. Die Arbeitslosigkeit stieg auf einen neuen Höchststand von 4,9 Mio. Personen bzw. 14,5%. Die niedrigsten Quoten wiesen Ungarn und Slowenien auf. In beiden Ländern nahm auch die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung zu.

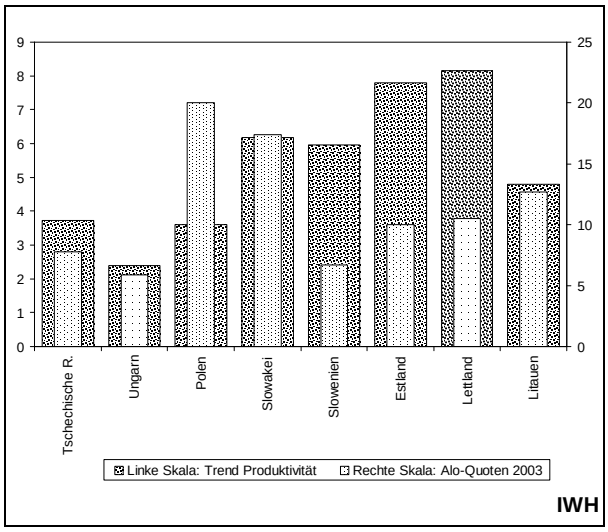
In den übrigen sechs Ländern nahm die Beschäftigung stärker ab als die Arbeitslosigkeit zunahm. Einer der Faktoren war eine zunehmende Beschäftigung in der Schattenwirtschaft,[6] die offenbar auch im Zusammenhang mit wachsendem Outsourcing westlicher Firmen und dem „kleinen Grenzverkehr" mit Deutschland und Österreich stand.[7] Am relativ stärksten fiel die Diskrepanz in den baltischen Ländern aus, wo nach Schätzungen der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP bei über 30% liegt.

Arbeitsproduktivität und Beschäftigung

Neben institutionellen Faktoren wie Arbeitsrecht, Sozialgesetzgebung oder Schattenwirtschaft wird die Diskrepanz zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigungsentwicklung häufig mit der Arbeitsproduktivität erklärt. Dies gilt nicht unbedingt für die Zeit der ersten Transformationsschocks: Der viel stärkere Rückgang der Produktion als der Beschäftigung legt eher eine Verstärkung von Beschäftigungsüberhängen nahe mit der Folge, dass die Produktivität zurückging. Als später der Beschäftigungsabbau erfolgte, müsste dann ein Anstieg der Arbeitsproduktivität eingetreten sein. Mehr noch: Der technologische Fortschritt, nicht zuletzt in Verbindung mit ausländischen Direktinvestitionen, dürfte zu Verbesserungen der Arbeitsproduktivität beigetragen haben.

Tatsächlich ergibt sich hier jedoch kein eindeutiger Zusammenhang für die Beitrittsregion: Die auf Quartalsbasis für den Zeitraum 1994 bis 2003 berechnete Trendrate der Arbeitsproduktivität deckt sich mit der Arbeitslosenquote nur in drei der acht Länder (Ungarn, Slowenien und Litauen). Eine Erklärung liefert also nicht nur die Trendrate der Produktivität, sondern auch die institutionelle Fähigkeit der Wirtschaft, Wachstum in Beschäftigung umzusetzen.

Abbildung 4:
Trend der Arbeitsproduktivität[a] (1994 bis 2003) und Arbeitslosenquoten 2003 in den neuen EU-Ländern
- in % -



[a] Linearer Trend; Produktivitätswachstum berechnet als Differenz der Wachstumsraten von realem BIP und Beschäftigung.

Quellen: WIIW-Monatsdatenbank, Statistische Ämter der Baltischen Länder, OECD; Berechnungen des IWH.

Beschäftigung und Wachstum: der empirische Zusammenhang

Die drei Fragen, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstums und Beschäftigung (Arbeitslosigkeit) beobachtet werden kann, wie sta-

4 Anders NESPOROVA, A.: Why Unemployment Remains so High in Central and Eastern Europe? Employment Paper, ILO, Nr. 43/2002. Genf.

5 Vgl. VIDOVIC, H.: Labour Market Trends in CEECs, in: WIIW Structural Report 2003 on Central and Eastern Europe, Vol. 2. Wien, S. 8 ff.

6 Nach Schätzungen von SCHNEIDER, F.: Shadow Economy around the World: Size, Causes and Consequences. Manuskript, vorgelegt auf der AIEl Jahreskonferenz in Messina (Italien). Danach betrug im September 2003 der ungewichtete Durchschnitt des Anteils der Schattenwirtschaft am BIP der EU 1999/2000 etwa 18,7%, am BIP der 10 Beitritts- und Kandidatenländer dagegen 24,7%.

7 Vgl. UNECE SECRETARIAT: Employability Policies in Transition Countries: Issues, Good Practices, and Policy Options. Regional Symposium. Genf, January 2004.

bil Trends sind und welche Rolle institutionelle Faktoren spielen, können durch zwei Funktionen empirisch geschätzt werden, die ihrerseits auf das Okuns Gesetz zurückgehen (siehe Kasten):

(1) $\Delta U = \alpha_1 - \theta_1 y$

und

(2) $e = -\alpha_2 + \theta_2 y$.

Das erste Modell regressiert eine Veränderung der Arbeitslosenquote U auf die Wachstumsrate des realen BIP *y*. Das zweite Modell bezieht die Änderungsrate der Beschäftigung *e* auf die Wachstumsrate des BIP. In beiden Modellen ist die Konstante $\alpha_{1,2}$ eine Größe, die die Trendrate der totalen Faktorproduktivität wiedergibt, wenn man eine Produktionsfunktion mit Arbeit und Kapital zugrundelegt. $\theta_{1,2}$ berichtet die Fähigkeit der Wirtschaft, ein gegebenes Wirtschaftswachstum in Beschäftigung umzusetzen. Die gleichzeitige Schätzung beider Modelle ist dann sinnvoll, wenn die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nicht gleichgerichtet ist, weil beispielsweise freigesetzte Arbeitskräfte in die Stille Reserve eingehen, in die Schattenwirtschaft abwandern oder früher in Rente gehen. Häufig wird ein Vergleich der Koeffizienten in beiden Modellen auch als Indiz für die Effizienz der Arbeitsmarktinstitutionen gesehen, was allerdings für Transformationsländer als zu enge Definition angesehen werden muss. Hier hat sich das gesamte Institutionengefüge verändert, angefangen von den formalen Institutionen, die nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Sozialgesetzgebung, die Unternehmensverfassung oder die Steuergesetzgebung erfassen, bis hin zu den Normen und Werten. Diese entscheiden beispielsweise darüber, ob „illegal" erzieltem Einkommen (in der Schattenwirtschaft) ein hoher Wert beigemessen wird.

Systematischer Zusammenhang bestätigt, aber Unterschiede zwischen den Ländern

Der Schätzung liegen Quartalsdaten für acht Beitrittsländer des Zeitraums 1994 bis 2003 zugrunde. Zum Zeitpunkt des Jahres 2004 hatten alle Länder bereits die ursprünglichen Transformationsschocks hinter sich gelassen. Die Modelle wurden für zwei Perioden geschätzt, um einen Eindruck der Entwicklung von Konstante und Koeffizienten zu erhalten. Die erste Periode umfasst die Jahre 1994 bis 1998, die durch eine starke wirtschaftliche Erholung (durchschnittliches Wachstum des realen BIP: 4,4% p. a.), dem Abbau der Arbeitslosigkeit und dem Wiederaufbau von Beschäftigung gekenn-

Kasten:
Theoretischer Hintergrund der Modelle

Das Okuns Gesetz beschreibt einen systematischen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, der sich als eine empirisch robuste Daumenregel von Marktwirtschaften erwiesen hat, obgleich theoretisch nicht eindeutig fundiert.[a] Die Versuche, es mit einem theoretischen Modell zu unterlegen, gehen entweder in Richtung einer mikroökonomischen Arbeitsnachfragefunktion (relative Faktorpreise) oder einer makroökonomischen Produktionsfunktion. Da hierbei nicht beobachtbare Faktoren ins Spiel kommen, müssen für die empirische Schätzung besondere Annahmen getroffen werden. Eine dieser Annahmen ist die Trendrate des Wachstums, die empirisch über längere Zeiträume konstant sein sollte und in etwa der Entwicklung des Produktionspotenzials entspricht. Hinter dieser Trendwachstumsrate wird oft die Totale Faktorproduktivität gesehen, die wiederum auf technischen und organisatorischen Fortschritt zurückgeht. Eine zweite Annahme ist die Konstanz des Kapitalkoeffizienten. Eine dritte Annahme schließlich ist die Unabhängigkeit des BIP-Wachstums von der Beschäftigung. Wenn eine dieser Annahmen nicht bestätigt werden kann, bleibt nur der empirische Zusammenhang als „Okuns Gesetz". Für die Beitrittsländer liegen noch keine Angaben über den Kapitalkoeffizienten vor. Man kann annehmen, dass dieser nicht konstant ist und eher auf den höheren Koeffizienten von Marktwirtschaften konvergiert, mit der Folge, dass der Beschäftigungseffekt einer gegeben Wachstumsrate des BIP zunimmt. Es gibt aber auch Hinweise für eine Konstanz des Kapitalkoeffizienten, sodass der Beschäftigungseffekt einer gegebenen BIP-Wachstumsrate eher institutionell und mit dem technischen Fortschritt erklärt werden müsste. Schließlich das Endogenitätsproblem: Es lässt sich durch die Einbeziehung von Lag-Variablen wie in dem hier verwendeten Modell mildern.

[a] BLINDER, A. S.: Is there a Core of Practical Macroeconomics that we Should all Believe? American Economic Review, 87 (1997), pp. 240-243.

Tabelle 1:
Schätzergebnisse: Panelregression mit fixen Effekten

	Arbeitslosigkeit		Beschäftigung	
	1994-1998	1999-2003	1994-1998	1999-2003
Konstante C	0,394*	0,442***	-0,006**	-0,005*
reales BIP	-1,522	-11,037***	0,102**	0,087*
Arbeitslosenquote (-1)	0,769***	0,797***	-----	-----
Beschäftigung (-1) Fixe Effekte	-----	-----	0,744***	0,611***
Tschechische Republik	0,201	-0,121	-0,002	0,000
Ungarn	-0,161	-0,024	0,006	0,007
Polen	-0,336	0,235	0,001	-0,012
Slowakische Republik	-0,005	-0,276	0,002	-0,001
Slowenien	0,056	-0,172	-0,003	0,006
Estland	0,115	0,000	-0,005	0,001
Lettland	0,069	0,189	-0,005	-0,003
Litauen	0,173	0,169	-0,001	0,000
Korr. R^2	0,791	0,838	0,713	0,642
DW	1,337	1,621	1,765	2,060
N	152	152	152	152

* Signifikanzniveau 10 %, ** 5 %, *** 1 %.

Legende: Arbeitslosigkeit: Erste Differenz der registrierten Arbeitslosenquote gegenüber demselben Quartal des Vorjahres; Beschäftigung: Veränderungsrate der Beschäftigung gegenüber demselben Quartal des Vorjahres; Arbeitslosenquote (-1) bzw. Beschäftigung (-1) = Wert der Vorperiode.

Quelle: Berechnungen des IWH.

zeichnet ist. Die zweite Periode zeichnet sich durch eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums (3,7% BIP p. a.), Beschäftigungsabbau und einem erneuten Anstieg der Arbeitslosenquote aus. Jede Schätzung enthält eine Lag-Variante (Vorquartalswert) der abhängigen Variablen, um Anpassungsprozesse zu berücksichtigen.

Sowohl die Konstante C als auch die Variablen zeigen die erwarteten Vorzeichen. Im ersten Modell bedeutet ein positives Vorzeichen der Konstante, dass selbst ohne Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit steigen würde, weil der technische Fortschritt zur Einsparung von Arbeitsplätzen führt. Im zweiten Modell bedeutet ein negatives Vorzeichen der Konstante, dass ein Wachstum der Arbeitsproduktivität zu einem Rückgang der Beschäftigung führen würde, wenn die Wirtschaft stagniert. Die fixen Effekte berichten die länderspezifischen Abweichungen vom Modell. Bezüglich der Arbeitslosenquote liefert die Schätzung keinen Beleg für einen systematischen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und BIP-Wachstum in der ersten Periode. Zu stark haben möglicherweise die Transformationsschocks auf dem Arbeitsmarkt nachgehallt. Erst in der zweiten Periode setzten sich offensichtlich die für Marktwirtschaften beobachtbaren Relationen zwischen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum durch.[8]

Hinsichtlich der Beschäftigung liefert das Modell eine gute Erklärung auch für die erste Periode. Die unterschiedlichen Ergebnisse zwischen beiden Modellen lassen vermuten, dass der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in der ersten Periode erheblich gestört wurde (beispielsweise durch den Abbau von Beschäftigungsreserven, die im Zuge der frühen Transformationsschocks 1990-1993 entstanden waren). Im Zeitvergleich zeigt sich im zweiten Modell ein Rückgang des Koeffizienten zum BIP-Wachstum, was auf eine sinkende institutionelle Effektivität des Wirtschaftssystems verweist. Die Trendrate der Produktivität nimmt ab, was angesichts der Erfahrungen aus Industrieländern im Laufe ihrer Entwick-

[8] Vgl. auch IZYUMOV, A.; VAHALY, JOHN: The Unemployment-output Tradeoff in Transition Economies: Does Okun's Law Apply?, in: Economics of Plannung, 35, pp. 317-331, 2002.

lung zu erwarten war. Allerdings ergeben sich starke regionale Unterschiede, sichtbar an den fixen Effekten. Für einige Länder zeigen die fixen Effekte eine Verschlechterung in der Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, insbesondere für Polen und Estland. Für Polen bietet sich der starke strukturelle Wandel als Erklärung an, bei dem der Anteil der niedrigproduktiven Landwirtschaft an der Beschäftigung am stärksten abnahm.

Beschäftigungsschwellen generell rückläufig mit Polen als großer Ausnahme

Das Verhältnis α/θ wird in der Literatur häufig für die Berechnung der so genannten Beschäftigungsschwelle des Wachstums verwendet. Eine hohe Beschäftigungsschwelle kann entweder durch eine hohe Trendrate der Produktivität oder eine geringe Beschäftigungsflexibilität des Wirtschaftssystems entstehen. Insgesamt zeichnet sich für die Region ein nur leichter Rückgang der Beschäftigungsschwelle ab (vgl. Tabelle 2). Unter Hinzunahme der länderspezifischen Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsschwellen fällt dreierlei auf:

Erstens: Es liegen die Arbeitslosigkeitsschwellen überwiegend unter der jeweiligen Beschäftigungsschwelle. Zu erwarten wäre eher ein umgekehrtes Bild. Dieses würde einen Beschäftigungsaufbau überwiegend aus der Stillen Reserve signalisieren, was oft als eine Schwäche der Arbeitsmarktinstitutionen gedeutet wird. Eine höhere Beschäftigungsschwelle dagegen weist nicht nur auf die Bedeutungslosigkeit der Stillen Reserve hin. Vorstellbar wäre eine Absorption freier Arbeitskräfte durch die Schattenwirtschaft, in der die Bereitschaft in eine offizielle Beschäftigung zurückzukehren, geringer ist als bei der Stillen Reserve. Hier wäre also nicht eine Reform der Arbeitsmarktinstitutionen gefordert, sondern umfassende Reformen wie etwa des Steuer- und Sozialversicherungssystems. Die Diskrepanz ist besonders stark für Polen und die Slowakei. Für Estland und Lettland könnte die fortdauernde Emigration eine Rolle spielen. Der Verlust an Beschäftigung geht nicht in die Stille Reserve, sondern in die Emigration und steht somit auch nicht mehr bei einer BIP-Wachstumsrate oberhalb der Arbeitslosenschwelle zur Verfügung.

Tabelle 2:
Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsschwellen[a] des Wirtschaftswachstums
- in % -

	Arbeitslosigkeit	Beschäftigung	
	1999-2003	1994-1998	1999-2003
Insgesamt[b]	4,0	5,9	5,7
Tschechische Republik	2,9	7,3	5,7
Ungarn	3,8	-0,7	-2,4
Polen	6,1	4,8	18,9
Slowakische Republik	1,5	4,1	6,3
Slowenien	2,4	8,1	-1,8
Estland	4,0	10,7	8,6
Lettland	5,7	10,7	8,6
Litauen	5,5	6,5	5,5

[a] Berechnet unter Einbeziehung der fixen Effekte. – [b] Berechnet ohne fixe Effekte.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Zweitens ergaben sich seit 1999 für die Tschechische Republik, für die Slowakische Republik, Slowenien und Ungarn Arbeitslosigkeitsschwellen, die denen in der Europäischen Union entsprechen.[9] In diesen Ländern kann mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren gerechnet werden. Für Polen und die Baltischen Länder sind relativ hohe Wachstumsraten des BIP notwendig, die zumindest im Polen angesichts der bisherigen Entwicklung kaum erreichbar sein dürften. Hinsichtlich der Beschäftigungsschwellen zeigt sich ein tendenzieller Rückgang für die Tschechische Republik und die Baltischen Länder. Für die Slowakische Republik – besonders aber für Polen – ist dagegen ein drastischer Anstieg zu beobachten.

Drittens: Nicht die Arbeitslosigkeitsschwellen, wohl aber die Beschäftigungsschwellen sind für Ungarn und Slowenien atypisch: Eine negative Schwelle ist letztlich kaum zu begründen. Ein Blick auf die Regressionsergebnisse zeigt, dass die Ursache in den fixen Effekten zu suchen ist. Möglicherweise ist die Wahl der Periode für diese beiden Länder nicht gerechtfertigt, d. h., ein systemati-

[9] Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; DREGER, C.: Beschäftigungsschwelle tendenziell rückläufig, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2001, S. 81-85.

scher Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Beschäftigungsentwicklung stellt sich erst später ein.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Mit dem genannten Vorbehalt für Ungarn und Slowenien resultiert insgesamt ein stabiler systematischer Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Dies erleichtert es grundsätzlich, wirtschaftspolitische Ziele und Programme zu diskutieren. Von besonderer Bedeutung erweisen sich die beschäftigungspolitischen Ziele der EU. Es ist mittlerweile klar, dass das Ziel der EU, im Jahre 2010 eine Quote für die Gesamt-EU von 70% (Lissabon-Ziel) zu erreichen,[10] nach dem Beitritt der neuen Länder unrealistisch ist. Die oben durchgeführte empirische Schätzung zeigt, dass die Erhöhung der Beschäftigungsquote in den meisten neuen EU-Ländern nicht vorrangig ein Problem der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist. Fraglich ist auch, ob Reformen am Arbeitsmarkt, wie in den Empfehlungen der EU-Kommission zur Erreichung des Lissabon Ziels allein ausreichen, um die Beschäftigungswirkung von Wachstum in den Beitrittsländern zu erhöhen. Offenbar spielt auch die Politikkonsistenz eine Rolle. Im Widerspruch zum Beschäftigungsziel steht beispielsweise die im Rahmen der „2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik kofinanzierte Strukturrente", bei der es sich um ein Frühverrentungssystem handelt. Diese gilt seit Mai 2004 und wird vor allem in Polen dazu beitragen, dass die Beschäftigungsschwelle nicht so schnell sinkt.

Hubert.Gabrisch@iwh-halle.de
willem.wolters@gmx.de

Investitionen auswärtiger Unternehmen in Ostdeutschland deutlich höher als in Mittelosteuropa

Die Frage nach dem Engagement auswärtiger Investoren in Ostdeutschland[11] im Vergleich zu den Ländern Mittelosteuropas ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt „konkurrierender" Standorte von großem Interesse. Während für die mittelosteuropäischen Länder auf der einen Seite[12] und für Ostdeutschland auf der anderen Seite[13] jeweils empirische Analysen zu den Aktivitäten ausländischer Investoren vorliegen, ist eine vergleichende Untersuchung der beiden Regionen bislang nicht erfolgt. Das hat zweifellos mit den Besonderheiten Ostdeutschlands aufgrund der deutschen Wiedervereinigung zu tun, aber auch mit der weitaus schwierigeren Datenverfügbarkeit für die neuen Bundesländer.

Im Folgenden wird aufgezeigt, warum die sehr häufig verwendete Größe „ausländische Direktinvestition" für die hier angestrebte Untersuchung ungeeignet ist. Es werden Alternativen zur Verwendung der Direktinvestitionsdaten besprochen und die Sonderrolle Ostdeutschlands im Hinblick auf die Datenverfügbarkeit diskutiert. Im empirischen Teil des Beitrags werden erstmals unter Berücksichtigung aller erfassungstechnischen Probleme und Besonderheiten Ostdeutschlands die Anlageinvestitionen auswärtiger Investoren in Ostdeutschland und Mittelosteuropa vergleichend

[10] KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Bericht der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Brüssel, Februar 2004.

[11] Die Bezeichnung „auswärtige Investoren" bzw. „auswärtige Unternehmen" schließt im Fall Ostdeutschlands aus Gründen, die im Folgenden noch näher erläutert werden, sowohl die ausländischen als auch die westdeutschen Investoren ein.

[12] Vgl. z. B. HUNYA, G.: Manufacturing FDI in New EU Member States – Foreign Penetration and Location Shifts between 1998 and 2002. WIIW Research Reports, No. 311, November 2004. – LÖNNBORG, M.; OLSSON, M.; RAFFERTY, M.: The Race for Inward FDI in the Baltic States and Central and Eastern Europe, in: Oxelheim, L.; Ghauri, P. N. (Hrsg.), European Union and the Race for Foreign Direct Investment in Europe. Elsevier, Amsterdam usw. 2004, S. 323-353.

[13] Vgl. z. B. BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. DIW-Sonderheft Nr. 169. Duncker & Humblot, Berlin 2000. – HAAS, B.: Ausländische Unternehmen in Ostdeutschland. Analyse ihres Markteintritts im Lichte der Theorie der Direktinvestitionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1996.